

**29**  
**84**

# Union in Deutschland

Bonn, den 27. September 1984

## 2 JAHRE REGIERUNG HELMUT KOHL

### Wir sind auf dem richtigen Weg

Die Bürger haben die Regierung Helmut Kohl gewählt, um die Finanzen in Ordnung zu bringen, die Wirtschaft wieder anzukurbeln, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die Renten und das soziale Netz zu sichern, das Bündnis zu festigen und den Frieden in Freiheit zu erhalten.

In zwei Jahren sind wir gut vorangekommen:

Der Bundeshaushalt ist wieder in Ordnung: Die Neuverschuldung wurde von 55 Milliarden auf unter dreißig Milliarden gesenkt.

Die Preise sind wieder stabil: Die Preissteigerung wurde sensationell von 5,3 % auf 1,7 % (August 84) abgebaut.

Die Wirtschaft wächst wieder: Nach einem Minus von 1,1 % jetzt ein Plus von rd. 2,5 %.

Die Einkommen steigen wieder: Nach realem Verlust von 2,5 % wachsen die Einkommen um 1 %.

Die Luft wird wieder sauberer: Endlich sind Vorschriften gegen die Luftverschmutzung durchgesetzt worden. Vor allem TA-Luft, Großfeuerungsanlagenverordnung und ab Juli

1985 umweltfreundliches Auto. Unsere Außenpolitik hat neues Vertrauen geschaffen. Die Freundschaft im Westen wurde vertieft, die europäische Nachbarschaft ist gewachsen. Die Bindungen zur DDR wurden weiterentwickelt. So begann ein Erfolg, der jetzt konsequent fortgeführt werden muß. Der Neuanfang hat sich gelohnt. Wir Deutschen sind auf dem richtigen Weg.

*Im grünen Teil dieser Ausgabe lesen Sie den III. Teil der Leistungsbilanz „Zwei Jahre Regierung Helmut Kohl“.*

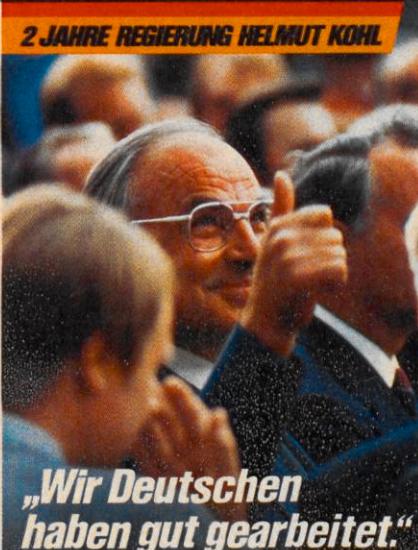
# Unsere Bilanz ist positiv!

Die Bundesgeschäftsstelle hat die Kampagne „2 Jahre Regierung Helmut Kohl“ mit einer achtseitigen vierfarbigen Illustrierten begonnen, die in der Zeit vom 18. bis 26. September 1984 den Tageszeitungen beilag. In dieser Beilage wurden insbesondere die Leistungen in der Finanz- und Wirtschaftspolitik, im Umweltschutz und in der Außen- und Deutschlandpolitik herausgestellt.

Damit dieser erste breite Anstoß in der Öffentlichkeitsarbeit der gesamten Partei aufgegriffen werden kann, bietet die Bundesgeschäftsstelle eine Reihe von Materialien an, die den Kreisverbänden auch in hoher Grundausstattung zur Verfügung gestellt werden.

Die Fakten dieser Zwischenbilanz zeigen, daß wir allen Grund haben, optimistisch zu sein! Tragen Sie durch Aktionen in Ihrem Kreisverband dazu bei, daß möglichst viele Bürger über die erfolgreiche Arbeit der Regierung Helmut Kohl informiert werden können. Bieten Sie die vorliegenden Materialien an bei Canvassing-Aktionen, bei Hausverteilungen und legen Sie das Informationsmaterial bei aktuellen Parteiveranstaltungen aus. Bitten Sie die Mitglieder Ihrer Kreisverbände, Ihrer Ortsverbände, jede Gelegenheit zu nützen, um im Freundeskreis, bei Bekannten und im Gespräch mit Kollegen am Arbeitsplatz über die Regierungsarbeit zu informieren.

**2 JAHRE REGIERUNG HELMUT KOHL**



**„Wir Deutschen haben gut gearbeitet.“**



**Die Bürger haben die Regierung Helmut Kohl gewählt, um die Finanzen in Ordnung zu bringen, die Wirtschaft wieder anzukehren, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, die Renten und das soziale Netz zu sichern, das Bündnis zu festigen und den Frieden in Freiheit zu erhalten.**

**In zwei Jahren sind wir gut vorangekommen.**

**Der Bundeshaushalt ist wieder in Ordnung: Die Neuverschuldung wurde von 55 Milliarden auf unter 30 Milliarden gesenkt.**

**Die Preise sind wieder stabil: Die Preissteigerung wurde sensationell von 5,3% auf 1,7% (August '84) abgebaut.**

**Die Wirtschaft wächst wieder: Nach einem Minus von 1,1% jetzt ein Plus von 2,5%.**

**Die Einkommen steigen wieder: Nach reallem Verlust von 1,1% ist der Einkommenszuwachs jetzt wieder im Plus.**

**Die Luft wird wieder sauberer: Endlich sind Vorschriften gegen die Luftverschmutzung durchgesetzt worden. Vor allem TA-Luft, Großraumabgasbegrenzung, wird ab dem Herbst dieses Jahres.**

**Mit der DDR wurde nach einer erfolglosen Verhandlung: Mehr Begegnungen in Deutschland, mehr Menschen kommen zu uns.**

**Unsere Außenpolitik hat neues Vertrauen geschaffen: Die Freundschaft im Westen wurde vertieft, die europäische Nachbarschaft ist gewachsen.**

**So begann ein Erfolg, der jetzt konsequent fortgeführt werden muß. Unsere Arbeitsergebnisse von nur zwei Jahren sind ein Erfolg. Der Mut macht für die kommenden Jahre. Auch wenn nicht alles so glatt laufen könnte, wie wir es uns gewünscht hätten.**

**Der Neuanfang hat sich gelohnt. Wir Deutschen sind auf dem richtigen Weg: Erfolg macht Mut.**

**CDU**  
sicher  
sozial  
und frei



## Faltblatt: „2 Jahre Regierung Helmut Kohl. Die Bilanz ist positiv“

Nach zehn wichtigen politischen Stichworten gegliedert, enthält das Faltblatt in kurzer und knapper Form Informationen für die politische Argumentation. Alle politischen Sachbereiche von Wirtschafts-, Gesellschafts- und Innenpolitik bis hin zur Außenpolitik sind aufgeführt.

Mindestabnahme: 100 Exemplare  
Preis pro Mindestabnahme: 13,00 DM  
Bestell-Nr.: 2590

## Broschüren

Broschüre: „2 Jahre Regierung Helmut Kohl. Die wirtschafts-, finanz- und gesellschaftspolitischen Leistungen der Regierung Helmut Kohl. Eine Zwischenbilanz“

2 JAHRE REGIERUNG  
HELMUT KOHL

**Die Bilanz  
ist positiv**

**CDU**  
sicher  
sozial  
und frei

2 JAHRE REGIERUNG

HELMUT KOHL

**Die wirtschafts-, finanz- und gesellschaftspolitischen Leistungen der Regierung Helmut Kohl**

**Eine Zwischenbilanz**

**CDU**  
sicher  
sozial  
und frei

An vielen Beispielen wird dem Leser deutlich vor Augen geführt, daß es mit der Wirtschaft wieder aufwärts geht, erste Besserungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt sichtbar sind, und die Rentenversicherung wieder auf soliden finanziellen Grundlagen steht. Die Wirtschaft wächst wieder, die Einkommen steigen, die Preise sind stabil, die Arbeitslosigkeit wird bekämpft und die Sozialleistungen sind höher als je zuvor. Die Gesundung der Staatsfinanzen ist erfreulich weit fortgeschritten, dadurch werden wichtige Mittel frei für Zukunftsinvestitionen in Familienpolitik und Umweltschutz.

Mindestabnahme: 50 Exemplare  
Preis pro Mindestabnahme: 15,00 DM  
Bestell-Nr.: 5593

## Broschüre: „2 Jahre Regierung Helmut Kohl. Die innenpolitischen Leistungen der Regierung Helmut Kohl. Eine Zwischenbilanz“

Diese Broschüre zeigt an vielen anschaulichen Beispielen, daß die Regierung Helmut Kohl das Steuer auch in der Innenpolitik herumgeworfen hat: Überflüssige bürokratische Regelungen werden abgebaut, die Möglichkeiten der modernen Kommunikationstechnologie werden endlich voll ausgeschöpft, das Recht wurde einfacher und übersichtlicher, noch nie wurden so viele Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt, wie in den letzten zwei Jahren, die Förderungsleistungen des Bundes sind so hoch wie nie zuvor und eine neue Forschungspolitik stellt sicher, daß die Bundesrepublik Deutschland den sozialen und technologischen Wandel erfolgreich besteht. Mindestabnahme: **50 Exemplare**, Preis pro Mindestabnahme: **15,00 DM**, Bestell-Nr.: **5594**

2 JAHRE REGIERUNG

HELmut KOHL

## Die innenpolitischen Leistungen der Regierung Helmut Kohl

### Eine Zwischenbilanz



2 JAHRE REGIERUNG

HELmut KOHL

## Die außen- und deutsch-landpolitischen Leistungen der Regierung Helmut Kohl

### Eine Zwischenbilanz



## Broschüre: „2 Jahre Regierung Helmut Kohl. Die außen- und deutschlandpolitischen Leistungen der Regierung Helmut Kohl. Eine Zwischenbilanz“

Eine klare Bilanz der politischen Erfolge der Regierung Helmut Kohl wird gezogen: Für die Menschen im geteilten Deutschland gibt es eine Reihe von Erleichterungen: z. B. einen Rekord an Übersiedlungen, Erleichterungen im Reiseverkehr, Zusammenarbeit im Umweltschutz, ein neues Postabkommen, den Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen und weitere Verhandlungen. Die Einigung Europas wurde vorangebracht und die internationale Zusammenarbeit gefördert. Mindestabnahme: **50 Exemplare**, Preis pro Mindestabnahme: **15,00 DM**, Bestell-Nr.: **5595**

## **Wandzeitung „Die Bilanz ist positiv“**

In ansprechender Form zeigt diese Wandzeitung durch eine gelungene Mischung von Text und Bild die eindrucksvollen Ergebnisse der Regierung Helmut Kohl. Anschauliche Grafiken zeigen deutlich: Die Wirtschaft wächst 1984 wieder, die Preissteigerungen sind von 5,3% 1982 auf sensationelle 1,7% (August 1984) gesenkt und die Neuverschuldung wird weiter konsequent abgebaut. Zu so wichtigen Stichworten wie z.B. Rentenpolitik, Familienpolitik, Abbau von Bürokratie, Rekordjahr für Ausbildungsplätze und mehr Forschung für die Zukunft liefern

kurze Textbeiträge die wichtigsten Fakten. Portraits von Regierungsgliedern zeigen, daß Helmut Kohl eine hervorragende Regierungsmannschaft hat.

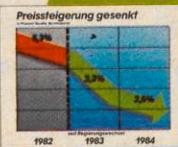
Diese Wandzeitung wird den Kreisverbänden in gewohnter Weise zugesandt. Solange der Vorrat reicht, können weitere Exemplare bei der CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt. Öffentlichkeitsarbeit, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1 angefordert werden.

#### **2 JAHRE REGIERUNG HELMUT KOHL:**

# Die Bilanz ist positiv!

**Die Staatsfinanzen sind wieder in Ordnung.  
Unsere Wirtschaft wächst.**

In den letzten beiden Jahren haben wir die schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit hinter uns gelassen: 1984 haben wir schon 2,5% Wachstum. Wäre der unnötige Streik nicht gekommen, hätten wir sogar 3% Wachstum erreichen können. Die Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs sind vorbei.



**Wir machen  
unser Land kinder-  
freundlicher.**

Ab 1980 werden Familien um Altenverzweigte weniger Zusatzzulagen. Es geht zum ersten Mal Erziehungszulagen. Neue Kinder erhalten von allen Familien



**1984 wird ein neues Rekordjahr für Ausbildungssätze.**

Handwerksmeister werden oft älteren Klienten: Es gibt noch mehr Ausbildungssätze als 1983.

Wir danken Handwerk, Handel und Industrie.

Durch bei den derzeit besonderen gewerkschaftlichen Anstrengungen und noch immer wichtigeren Anstrengungen der Berg. Wir brauchen weitere vorstellige Anstrengungen weiter.



Wir haben mit der Schuldenwirtschaft Schluß gemacht. Ohne die Sparmaßnahmen der Regierung Helmut Kohl wäre die Schuldenlast des Bundes 1983 um weitere 65 Milliarden Mark gestiegen. 1985 wird die Neuverschulden-

55 Milliarden Mark gespart. 1985 wird die Neuverschuldung weniger als die Hälfte betragen! Das Sparen hat sich gelohnt – auch für jeden einzelnen. Nur so

einheiten. Nur so konnten wir die Mittel für Zukunftsinvestitionen gewinnen – für die Umwelt und für die Familie.



Bundestagswahl  
Heiner Geißler



*Mehr Forschung für  
die Zukunft.*

In diesem Jahr werden 50 Millionen DM von staatlichen und privaten Einrichtungen für Forschung und Entwicklung bereitgestellt. Damit wird die Bundesrepublik Deutschland mit neuen Technologien für ihre Zukunft

**Wir bauen  
Bürokratie ab.**

Von 250 Bauvormen werden  
Bund über die Höhe gestrichen.  
Ersatzlos. Dann geht vieles ent-  
scher, schneller. Und billiger.  
In Zusammenarbeit mit Lände-  
und Gemeinden entsteht ein neu-

**Neue Unternehmensschaffen neue Arbeit.**  
1983 wurden 30% mehr Unternehmen gegründet.

Was wir Deutschen noch erreicht haben:



## ■ UMWELTSCHUTZ

Heiner Geißler:

# Die Grünen betreiben ganz bewußt eine unwahre Propaganda

**Die Grünen reden von der schlech- chenden Vergiftung der Umwelt und von zunehmenden Gesundheitsschä- digungen der Menschen, obwohl die Luftverschmutzung abnimmt, der Gewässerschutz verbessert wurde, die Bronchitis vor allem bei Kindern zurückgeht, um nur drei Beispiele zu nennen.**

Die Grünen betreiben ganz bewußt eine unwahre Propaganda, denn sie leben in ihrer ganzen Politik davon, möglichst vielen Menschen Angst zu machen, erklärte Heiner Geißler in der „Wetzlarer Neue Zeitung“. Vorgestern war es die Kernenergie, gestern war es die Nachrüstung, und heute sind es die Umweltgifte. Ich bagatellisiere die Gefährdungen nicht, die durch die moderne Technik und auch die moderne Chemie für die Menschen vorhanden sind. Aber verantwortliche Politik heißt hier, die Bürger richtig zu informieren. Die Schreckensbilder eines uns alle bedrohenden Siechtums am Arbeitsplatz, im Freien und im Wohnzimmer sind einfach falsch.

Die moderne Chemie und moderne Arzneimittel waren und sind kein Fluch, sondern sie waren und sind in Wirklichkeit auch ein Segen für die Menschen. Die Menschen leben heute länger als früher. Mit neuen Medikamenten können wir Seuchen, Epidemien und ansteckende Krankheiten wirksam bekämpfen, die früher zahllosen Menschen den Tod brachten.

Und die Suche nach den Ursachen von Krebs, um nur ein Beispiel zu geben, kann nicht gegen die moderne Medizin, nicht gegen den technischen Fortschritt, sondern nur mit der Wissenschaft und mit der modernen Technik im Dienste des Menschen erreicht werden.

Hinter uns liegt ein Jahrhundert stürmischer industrieller und technischer Entwicklung. Es hat uns einen hohen Lebensstandard ermöglicht, aber auch neue Probleme mit sich gebracht. Manches war im Voraus nicht zu erkennen. Und erst modernste Technologien ermöglichen uns heute, Schadstoffe aufzuspüren, Ursachen von Krankheiten zu entdecken und Umweltverschmutzungen zu reduzieren. Die Technik an sich ist nicht gut oder böse, wie uns die Grünen einreden wollen, sondern immer das, was der Mensch daraus macht.

Die Mehrheit der Bürger will den Fortschritt des modernen Lebens nicht missen. Oder glaubt jemand im Ernst, die Bürger sehnen sich nach Krankheiten, der hohen Kindersterblichkeit und der niedrigen Lebenserwartung der sogenannten guten alten Zeit zurück? Einige dieser unverantwortlichen Angstproduzenten meinen, wir könnten auf Arzneimittel, Schädlingsbekämpfungsmittel und Hygiene verzichten. Aber die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lehnt dies zu Recht ab.

Ich nehme die Sorgen um die Umweltprobleme ernst. Aber wir müssen auch die

Frage stellen, ob der mit der ständigen Angstmacherei einhergehende Verfall unserer Zivilisation nicht deshalb gefährlich ist, weil er uns lähmt, mit den Gefahren für Menschen und Umwelt wirklich fertig zu werden und konstruktive Lösungen zu finden.

Ein schwärmerischer Rückfall und ein Ausstieg aus der modernen Industriegesellschaft, hätte für die Menschen ebenso katastrophale Folgen wie ein blinder Fortschrittsglaube: Soziale Sicherheit, Umweltschutz, hoher Lebensstandard, persönliche Freiheit gibt es nicht gegen, sondern nur in der Industriegesellschaft. Deshalb sage ich deutlich: Es gibt keine Alternative zu unserer modernen und humanen Industriegesellschaft, aber es gibt Alternativen in dieser Industriegesellschaft. Dies ist die Perspektive der Politik der CDU für eine bessere Zukunft. Dazu brauchen wir nicht nur ein heißes Herz, sondern vor allem einen kühlen Verstand, um mit den Widersprüchen unserer Zeit fertig zu werden. Wir brauchen die Koalition einer kompetenten Wissenschaft und einer verantwortlichen Politik. Nicht eine Mobilisierung der Gefühle, sondern die Mobilisierung von Wissen und Mut und zu sachgerechten Entscheidungen helfen uns jetzt weiter.

## Bis 1990 will Bonn über 11 000 Kilometer Radwege

Bis zum Jahr 1990 will der Bund das Radwegnetz an den Bundesstraßen von jetzt rund 9000 auf 11 400 Kilometer ausbauen. Bundesverkehrsminister Dollinger teilte zur Eröffnung der Internationalen Fahrrad- und Motorradausstellung in Köln mit, rund 30 Prozent der Bundesstraßen hätten bisher Radwege. Insgesamt hätten die Radwege des überörtlichen Verkehrs eine Länge von 23 000 Kilometern. Seit 1972 habe sich die Zahl der Fahrräder von 18,6 auf über 40 Millionen erhöht.

## Konrad-Adenauer-Haus-Gespräch über Umweltschutz

In der öffentlichen Debatte über den Umweltschutz spielen der Zweifel am Fortschritt und die Flucht in einfache und radikale Antworten auf komplexe Fragen eine wichtige Rolle. Würde auf die Umweltprobleme einfach mit einem Ausstieg aus der modernen Industriegesellschaft geantwortet, so hätte dies für die Menschen ebenso katastrophale Folgen wie blinder Fortschrittsglaube.

Im Rahmen der „Gespräche im Konrad-Adenauer-Haus“ findet am 16. Oktober 1984 um 17.00 Uhr eine Diskussion zum Thema „Umweltschutz zwischen Romantik und Realismus — Welche Zukunft hat Deutschland als Industrienation?“ statt. Vertreter aus der Wissenschaft, den Verbänden, den Kirchen und der Wirtschaft diskutieren unter der Leitung von Generalsekretär Heiner Geißler über die unterschiedlichen Positionen in der Auseinandersetzung um Ökologie und Ökonomie.

## Umweltkongreß zum Bodenschutz

Der Kongreß „Boden und Landschaft — gemeinsam müssen wir unsere Umwelt schützen“ am 13. November 1984 im Konrad-Adenauer-Haus behandelt eines der wichtigsten umweltpolitischen Themen, nämlich den Bodenschutz. Die Gefahren werden immer deutlicher: Verschlechterung der Bodenqualität durch Luftverschmutzung, intensive landwirtschaftliche Produktionsmethoden und Altlasten sowie zunehmender Landschaftsverbrauch durch Bebauung, Zersiedelung, Verkehrswege und Rohstoffabbau. Auf dem Kongreß werden Generalsekretär Heiner Geißler, Senator Volker Hassemer, Bundesminister Ignaz Kiechle, Prof. Jürgen Salzwedel, Ministerpräsident Lothar Späth und Bundesminister Friedrich Zimmermann referieren.

## ■ RENTEN / ERZIEHUNGSJAHR

# Durchbruch bei der Hinterbliebenenversorgung

Mit großer Mehrheit hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 18. September beschlossen, bei der anstehenden Reform der Hinterbliebenenversorgung das von Arbeitsminister Norbert Blüm vorgelegte Modell einer Hinterbliebenenrente mit Freibetrag zugrunde zu legen. Zusammen mit der Einführung von Erziehungsjahren ist das ein großer Schritt zu einer eigenständigen Rente für Mütter.

Die Neuregelung der Hinterbliebenenversorgung bringt mehr soziale Gerechtigkeit für Hausfrauen und Mütter. Es wird endlich Schluß gemacht mit der Benachteiligung von Frauen, die auf eine Berufsausübung verzichten und sich der Erziehung ihrer Kinder widmen wollen. Damit wird nun auch eine alte Forderung der CDU erfüllt.

### Die Eckpunkte des Modells

1. Der Hinterbliebene erhält seine eigene Rente und Leistungen aus anderen Alterssicherungssystemen ungeschmälert zu 100 Prozent.
2. Von der Rente des verstorbenen Ehegatten erhält der Hinterbliebene 60 Prozent; die derzeit geltenden Voraussetzungen für die Witwenrente werden also auf die Witwerrente übertragen.
3. Hat der Hinterbliebene selbsterworbenes Erwerbs- oder Erwerbersatzesinkommen aus öffentlich-rechtlichen Regel- und Sondersystemen — mit Ausnahme von Leistungen aus Zusatzsystemen (über einen Freibetrag von zunächst 900 DM netto hinaus) —, so ruht die Hinterbliebenenrente teilweise oder ganz. Eigene

Renten, Pensionen oder sonstige Einkünfte erhält der Hinterbliebene in jedem Fall zu 100 Prozent.

4. Der Freibetrag von zunächst 900 DM netto wird wie die allgemeine Bemessungsgrundlage **dynamisiert**, das bedeutet: er verändert sich entsprechend den wachsenden Einkommen und Renten.
5. Die Berechnung des ruhenden Teils der **Hinterbliebenenrente**: 40 Prozent des über dem Freibetrag liegenden selbsterworbenen Einkommens ruhen.

Ein Beispiel: 1 000 DM eigene Rente (wird immer voll ausbezahlt) und 600 DM Hinterbliebenenrente. Diese Hinterbliebenenrente ruht teilweise, nämlich zu 40 Prozent des den Freibetrag übersteigenden selbsterworbenen Einkommens, also 40 DM von 100 (1 000 DM minus 900 DM Freibetrag); das ergibt 560 DM **ausbezahlt** Hinterbliebenenrente.

Fällt das selbst erworbene Einkommen weg oder sinkt es unter den Freibetrag, so wird die Hinterbliebenenrente wieder in vollem Umfang gezahlt.

6. Wer ausschließlich mehrere **Hinterbliebenenrenten** aus verschiedenen Sicherungssystemen (zum Beispiel **Witwenrente** und **Witwenpension**) bezieht, erhält diese auch künftig in vollem Umfang.

### Kindererziehungszeiten

7. Im Zusammenhang mit der Neuordnung der Hinterbliebenenrenten wird in der Rentenversicherung ein Erziehungsjahr auf der Bemessungsgrundlage von 75 Prozent des Durchschnittsentgelts aller Versicherten eingeführt. Dies gilt nur für künftige Rentenfälle, ebenso wie die gesamte Neuregelung. Laufende Witwen-

oder Witwerrenten bleiben völlig unberührt, sie werden nach wie vor in voller Höhe neben einer Versichertenrente oder neben einem Erwerbseinkommen gezahlt.

## Finanzierung der Kindererziehungszeiten

1. Die Finanzierung des Erziehungsjahres in der Rentenversicherung erfolgt durch eine pauschale Erhöhung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung.

2. Diese Finanzierung über den Bundeszuschuß ist langfristig bei der Neugestaltung der Finanzbeziehungen des Bundes zu den Trägern der Sozialversicherung zugunsten des Bundeshaushalts auszugleichen.

## Auswirkungen auf Witwen

**Von den insgesamt 3,62 Millionen Witwen gibt es für 3,3 Millionen (= 91,2 Prozent) keine Verschlechterungen:**

— 1,7 Millionen Witwen beziehen nur eine Witwenrente aus der Arbeiterversicherung/Angestelltenversicherung (ArV/AnV): Für sie ergibt sich keine Verschlechterung, das heißt die Witwenrente wird voll gezahlt.

— 1,7 Millionen Witwen beziehen neben der Witwenrente aus ArV/AnV noch eine Versichertenrente (ehemals erwerbstätige Frauen): Bei etwa 90 Prozent oder 1,53 Millionen ergeben sich keine Verschlechterungen, das heißt beide Renten werden voll nebeneinander gezahlt, bei etwa 10 Prozent oder 0,17 Millionen ruht die Witwenrente teilweise oder völlig.

— 0,22 Millionen Witwen erhalten Witwenrente und sind noch erwerbstätig: Hier ergeben sich für etwa 30 Prozent oder 70000 keine Verschlechterungen, bei etwa 70 Prozent oder 150000 ruht die Witwenrente teilweise oder völlig.

## Argumente für das Freibetragsmodell

**Das Modell der Hinterbliebenenrente mit Freibetrag**

— führt zu der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Gleichbehandlung von Männern und Frauen bei der Hinterbliebenenversorgung,

— lässt das selbst erworbene Erwerbs- und Erwerbsersatzinkommen des überlebenden Ehegatten unberührt,

— ist kostenneutral für die Rentenversicherung,

— lässt es in 90 Prozent aller Fälle für die erwerbstätigen Frauen bei der uneingeschränkten Gewährung der Witwenrente neben der eigenen Versichertenrente,

— trägt der Unterhaltsersatzfunktion der Hinterbliebenenrenten Rechnung, wobei das Versicherungsprinzip und das Prinzip des sozialen Ausgleichs beachtet werden,

— erkennt erstmalig Erziehungsarbeit im Rentenrecht an.

## Schwere Nachteile des von der SPD favorisierten Teilhabemodells

— Die Teilhaberente von **70 Prozent** ist wegen der Mehrausgaben von 1,7 Prozent der Rentenausgaben (zur Zeit 2,41 Milliarden Mark) **nicht finanziierbar**.

— Ein Teilhabesatz von **65 Prozent** ist **sozialpolitisch fragwürdig**: Alle erwerbstätigen Frauen stünden sich schlechter, deren eigene Anwartschaften mehr als 14 Prozent der Anwartschaften des Mannes ausmachen.

**Beispiel:** Der Mann hat 1000 DM Rente, die Frau hat 200 DM Hinterbliebenenversorgung. Das ergäbe nach 65prozentiger Teilhaberente 780 DM, nach geltendem Recht 800 DM und nach dem Freibetragsmodell 800 DM.

Während das Freibetragsmodell erwerbstätigen Frauen zu 90 Prozent keine Verschlechterungen bringt, würde die 65prozentige Teilhaberente schon bei sehr geringen eigenen Rentenanwartschaften von Frauen zu Verschlechterungen führen; zwei Drittel oder 1,2 Millionen Doppelrentnerinnen stünden sich schlechter.

## ■ ARBEIT

# Praxisorientierter Jugendarbeitsschutz

Der Deutsche Bundestag hat am 21. September 1984 die Novellierung des Jugendarbeitsschutzgesetzes beschlossen. Ziel dieser Änderung ist vor allem, die Arbeitszeitvorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes an den Anforderungen des Gesundheitsschutzes auszurichten, im Rahmen dieses Gesundheitsschutzes die Beschäftigung und Ausbildung Jugendlicher praxisnäher zu ermöglichen und das bisherige Durcheinander von Regeln und Ausnahmen weitgehend zu beseitigen. Die wichtigsten Änderungen sind:

### Zulässiger Arbeitsbeginn grundsätzlich ab 6 Uhr

Der frühestmögliche Arbeitsbeginn für Jugendliche wird grundsätzlich auf 6 Uhr festgelegt. Damit korrigiert der Gesetzgeber Vorschriften, die ihre Bewährungsprobe in der Praxis nicht bestanden haben. Betriebe mit bisherigen Arbeitsbeginn um 7 Uhr werden auch künftig allein wegen der Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes in diesem Punkt nicht eine Stunde früher beginnen. Und wo bisher um 6 Uhr mit der Arbeit begonnen wurde, hatte es ohnehin weitgehend Ausnahmen von der rechtlichen 7-Uhr-Grenze gegeben.

Deshalb wird sich durch eine Rückkehr zur 6-Uhr-Grenze für die meisten Jugendlichen nichts ändern. Die geplante Festlegung des frühest zulässigen Arbeitsbeginns auf 6 Uhr stellt zudem die erforderliche Gleichbehandlung zwischen Jungar-

beitern, die schon bisher ab 6 Uhr beginnen dürfen, und Auszubildenden sicher.

Neben der grundsätzlichen Festlegung auf 6 Uhr als frühest möglichen Arbeitsbeginn wird es nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes nur noch wenige Ausnahmen geben, die einen noch früheren Arbeitsbeginn ermöglichen.

— In Bäckereien werden Jugendliche schrittweise an die dort übliche Arbeitszeit herangeführt: Sechzehnjährige können ab fünf Uhr, Siebzehnjährige ab vier Uhr ausgebildet werden.

— In der Landwirtschaft und der Binnenfischerei ist ein Ausbildungsbeginn für Jugendliche über 16 Jahre — wie bisher — bereits ab fünf Uhr möglich.

— In mehrschichtigen Betrieben ist für Auszubildende aus verkehrsbedingten Gründen und nach vorheriger Anzeige an die Aufsichtsbehörde ein Arbeitsbeginn bereits um 5.30 Uhr möglich, um unnötige Wartezeiten für Jugendliche zu vermeiden.

— Bei Hitzearbeiten in der warmen Jahreszeit (z. B. bei der Glasherstellung) können Jugendliche — wie bisher — bereits ab fünf Uhr ausgebildet werden.

### Arbeitsende bleibt grundsätzlich 20.00 Uhr

Nach geltendem Recht dürfen Jugendliche grundsätzlich bis höchstens 20.00 Uhr arbeiten. Eine Reihe von Ausnahmeregelungen gestattet jedoch eine Beschäftigung über 20.00 Uhr hinaus bis maximal 23.30 Uhr. Die grundsätzliche Zeitgrenze von 20.00 Uhr für die Beschäftigung von Jugendlichen hat sich bewährt.

Allerdings gibt es in Betrieben, in denen Jugendliche und Erwachsene zusammenarbeiten, Harmonisierungsprobleme zwischen der allgemeinen Arbeitszeit und der Beschäftigungszeit von Jugendlichen, die in der Praxis zu einem Verzicht auf die optimale Nutzung vorhandener Ausbildungskapazitäten führen können.

Unter grundsätzlicher Beibehaltung der 20-Uhr-Zeitgrenze wird der geltende Ausnahmekatalog des Jugendarbeitsschutzgesetzes in zwei Fällen erweitert: Zukünftig dürfen Jugendliche über 16 Jahre in der Landwirtschaft bis 21.00 Uhr arbeiten. Daneben dürfen in mehrschichtigen Betrieben auch Auszubildende bis 23.00 Uhr beschäftigt werden, was bisher bereits für Jungarbeiter galt.

Aus verkehrsbedingten Gründen und nach vorheriger Anzeige an die Aufsichtsbehörde können Auszubildende bis 23.30 Uhr beschäftigt werden, um unnötige Wartezeiten zu vermeiden. Dies gilt bereits heute für Jungarbeiter.

## **Es bleibt grundsätzlich bei der 40-Stunden-Woche**

Derzeit dürfen Jugendliche grundsätzlich nicht mehr als acht Stunden täglich und 40 Stunden wöchentlich beschäftigt werden. Daran wird auch in Zukunft als Grundsatz festgehalten. In den vergangenen Jahren sind jedoch immer mehr Betriebe — zumeist auf Wunsch der Arbeitnehmer — dazu übergegangen, freitags die betriebliche Arbeitszeit zu kürzen, um einen früheren Beginn des Wochenendes zu ermöglichen. Zum Ausgleich wurde die Arbeitszeit an den anderen Werktagen entsprechend verlängert. Für Jugendliche war die Einbeziehung in diesen Arbeitsrhythmus bisher nicht zulässig. Dies ist ein Beweis für die mangelnde Flexibilität und Praxisferne des bisherigen Rechtszustandes. In Zukunft soll es zulässig sein,

die tägliche Arbeitszeit auf achtseinhalb Stunden zu verlängern, um auch den Jugendlichen unter Einhaltung der 40-Stunden-Woche die Viereinhalbtagewoche zu ermöglichen.

## **Flexibilisierung der Arbeitszeitvorschriften durch Tariföffnungsklausel**

Eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeitvorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes wird den Tarifvertragsparteien überlassen. Damit in Zukunft beim Auftreten von Schwierigkeiten bei der Ausbildung und Beschäftigung Jugendlicher in der betrieblichen Praxis nicht gleich der Ruf nach dem Gesetzgeber laut wird, erhalten die Tarifvertragsparteien die Befugnis zu den notwendigen Anpassungen. So kann durch Tarifvertrag, wo dies gesundheitlich unbedenklich ist, beispielsweise zugelassen werden, daß bei einem Ausgleich innerhalb von zwei Monaten Jugendliche täglich eine halbe Stunde und 4 Stunden wöchentlich länger beschäftigt werden können.

## **Arbeitsbefreiung bei mehr als fünf Stunden Berufsschulunterricht**

Jugendliche sollen bei einem Berufsschultag in der Woche mit mehr als fünf Unterrichtsstunden von der Beschäftigung völlig freigestellt werden, um den Unterricht aufarbeiten zu können.

Damit wird ausgeschlossen, daß allein durch geringfügige Verkürzung oder Verlängerung von Pausen eine Freistellung zum Vor- oder Nachteil der Jugendlichen ermöglicht oder verhindert wird. Die völlige Freistellung von der Arbeit im Betrieb wird auf einen Berufsschultag in der Woche beschränkt, damit genügend Zeit für die praktische Ausbildung im Betrieb bleibt.

## ■ STÄDTEBAU

### Hoher Stellenwert der Stadtsanierung

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat — mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen bei Enthaltung der SPD-Fraktion und gegen die Fraktion Die Grünen — den vom Bundesrat eingebrochenen Gesetzentwurf zur Änderung des Städtebauförderungsgesetzes verabschiedet.

Diese Novelle trägt der Entwicklung der letzten Jahre Rechnung: Nicht mehr großangelegte Flächensanierungen, sondern kleinteilige, behutsame Stadterneuerungsmaßnahmen stehen im Vordergrund. Die Novelle gibt den Gemeinden die Möglichkeit, in geeigneten Fällen auf das bodenrechtliche Instrumentarium zu verzichten und ein vereinfachtes Verfahren zu wählen. Auch der flächendeckende Sanierungsbebauungsplan muß nicht mehr zwingend aufgestellt werden. Diese gesetzlichen Erleichterungen werden auch kleinere Städte und Gemeinden ermutigen, Stadt- und Dorferneuerungsmaßnahmen einzuleiten.

Darüber hinaus wird es für klassische Sanierungsverfahren Vereinfachungen geben: Die Gemeinden können künftig Genehmigungen vorab und allgemein erteilen und auf die Erhebung von Ausgleichsbeiträgen in den Fällen verzichten, in denen nur unerhebliche Wertsteigerungen festzustellen sind. Diese Änderungen sind ein erster wesentlicher Schritt zur Entbürokratisierung auf dem Gebiet der Städtebauförderung, stellt der Vorsitzende des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Franz Möller, fest.

## ■ VERKEHR

### Schluß mit der Diskussion über Tempolimit

Zur Diskussion über die Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf außerörtlichen Straßen im Zusammenhang mit dem Katalysator sowie unter Gesichtspunkten der Verkehrssicherheit, erklärt der verkehrspolitische Sprecher der CDU-CSU-Bundestagsfraktion, Günter Straßmeier:

Es ist nicht nur wissenschaftlich erwiesen, daß ein Tempolimit nicht die erhoffte Schadstoffreduzierung bewirkt, sondern es müssen vielmehr Verkehrssicherheitsaspekte berücksichtigt werden. Von insgesamt 11715 im Jahre 1983 im Straßenverkehr Verunglückten liegt der Anteil mit 877 auf den Autobahnen relativ niedrig. Wenn man jedoch bedenkt, daß 10 Prozent dieser tödlichen Unfälle auf Autobahnen auf hohe Geschwindigkeit zurückzuführen sind und hiervon die Hälfte durch Verkehrsregulierungen geschah, so wird deutlich, auf welch tönernen Füßen die Forderung nach einem Tempolimit steht.

Ein starres Tempolimit auf Bundesautobahnen würde infolge zunehmender Reisezeiten zu einer Verlagerung des Verkehrs auf das nachgeordnete Straßennetz führen. Die Behauptung, bei einer drastischen Reduzierung würde der Verkehrsfluß homogener, ist nach allen Untersuchungen unhaltbar. Im Gegenteil, man muß mit zusätzlichen Verkehrsstaus rechnen, die wiederum eine Hauptquelle der Schadstoffemission sind und die auch eine Erhöhung der Unfallzahlen bringen.

# Gemeinsame Erklärung

von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl und dem französischen Staatspräsidenten François Mitterrand am 22. September 1984 in Verdun

Gemeinsam gedenken wir der Millionen deutscher und französischer Soldaten, die in den erbitterten Schlachten zweier Weltkriege gefallen sind.

Der Krieg hat unseren Völkern Trümmer, Leid und Trauer hinterlassen. Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich haben aus der Geschichte ihre Lehre gezogen. Europa ist unsere gemeinsame kulturelle Heimat, und wir sind Erben einer großen europäischen Tradition. Deshalb haben wir — Deutsche und Franzosen — vor nahezu 40 Jahren den brudermörderischen Kämpfen ein Ende gesetzt und den Blick auf eine gemeinsame Gestaltung der Zukunft gerichtet.

Wir haben uns versöhnt. Wir haben uns verständigt. Wir sind Freunde geworden.

Heute, am 22. September 1984, sind der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und der Präsident der Französischen Republik in Verdun zusammengekommen, um sich vor den Gräbern der gefallenen Söhne Frankreichs und Deutschlands zu verneigen. Mit ihrer gemeinsamen Ehrung der Toten vergangener Kämpfe setzen sie an historischer Stätte ein Zeichen dafür, daß beide Völker unwiderruflich den Weg des Friedens, der Vernunft und freundschaftlichen Zusammenarbeit eingeschlagen haben.

Die Einigung Europas ist unser gemeinsames Ziel — dafür arbeiten wir — im Geist der Brüderlichkeit.

## Das schreibt die Presse

### „Die Einigung Europas ist unser gemeinsames Ziel“

François Mitterrand und Helmut Kohl Hand in Hand auf den Schlachtfeldern bei Verdun — eine Geste der Versöhnung.

(Express, 24. September 1984)

... ein historischer Vorgang ohne Beispiel.  
(Rheinische Post, 24. September 1984)

Noch niemals hatte ein französisches Staatsoberhaupt einen Vertreter der geschlagenen Nation nach Verdun eingeladen. ... Weil er eine ganz besondere Geste wollte, hat Mitterrand seinen Freund und Partner Kohl nach Verdun eingeladen, und die Franzosen haben es verstanden und gebilligt.

(Deutschlandfunk, 22. September 1984)

Franzosen und Deutsche sind Freunde geworden.

(Die Welt, 24. September 1984)

... die deutsch-französische Versöhnung ist Realität.  
(Stuttgarter Nachrichten, 24. September 1984)

Den beiden ersten Verantwortlichen beider Länder erwächst aus der Symbolik von Verdun die gleiche Verpflichtung, Deutschland und Frankreich, wenn dies menschenmöglich ist, zu Freunden und Partnern zu machen. ... In Verdun wurde heute ein neuer, ein soliderer Grundstein für dieses Europa gelegt.  
(Deutschlandfunk, 22. September 1984)

Ihre Erklärung von Verdun weist in die Zukunft, wenn es heißt, Frankreich und die Bundesrepublik hätten endgültig den Weg zu Frieden, Vernunft und Zusammenarbeit eingeschlagen.  
(Rheinische Post, 24. September 1984)

Aber das Verdun des Jahres 1984 setzt (auch) ganz andere, aber dennoch nicht weniger wichtige Zeichen: Hier geht es um die Signale einer Friedenssehnsucht, die gerade in dieser Zeit von größter Leidenschaftlichkeit erfüllt ist.  
(Kölnische Rundschau, 24. September 1984)

# Zur Sache:

## Das „Erziehungsjahr“ kommt

**Die Regierung Helmut Kohl hält Wort: Sie hat die Einführung des Erziehungsjahrs beschlossen. Frauen, die ab 1. Januar 1986 in Rente gehen, erhalten für jedes Kind, das sie erzogen haben, eine Gutschrift in der Rentenversicherung, und zwar so, als ob sie ein Jahr lang 75 Prozent des durchschnittlichen Beitragssatzes eingezahlt hätten. Damit erhöht sich ihre Rente für jedes Kind um rund 300 Mark im Jahr.**

Nachdem die Bundesregierung bereits beschlossen hat, daß ab 1. Januar 1984 die Wartezeit beim Altersruhegeld von 15 auf fünf Jahre verkürzt wird, ist das Erziehungsjahr ein weiterer Schritt zu einer eigenständigen Rente für die Mutter. So braucht beispielsweise eine

Mutter mit zwei Kindern künftig nur noch drei Erwerbsjahre, um die Wartezeit auf eine eigenständige Altersrente zu erfüllen.

**Die Anrechnung von Erziehungsjahren bei der Rente bringt mehr soziale Gerechtigkeit für Hausfrauen und Mütter. Damit wird endlich Schluß gemacht mit der Benachteiligung von Frauen, die auf eine Berufsausübung verzichten und sich der Erziehung ihrer Kinder widmen wollen.**

**Zusammen mit dem Erziehungsgeld, dessen Einführung die Bundesregierung schon Anfang Juni 1984 beschlossen hatte, bringt die Anrechnung von Erziehungsjahren bei der Rente eine erhebliche Verbesserung für Mütter mit Kindern.**

**Die Regierung Helmut Kohl redet nicht nur über die Familien, sie hilft ihnen. Damit unser Land kinderfreundlicher wird.**

# CDU

 **sicher  
sozial  
und frei**

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
5300 BONN 1  
POSTVERTRIEBSSTÜCK  
Z 8398 C  
GEBÜHR BEZAHLT

## ZITATE

### Die Melonen-Partei

Heiner Geißler nennt die Grünen eine „ökomarxistische Radikalopposition“, für die der Umweltschutz lediglich ein Vehikel zur Systemveränderung sei. Und Geißler wäre nicht Geißler, hätte er nicht auch ein bildhaftes Bonmot zur Hand: „Melonen-Partei — außen grün, innen rot“. Er will mit dieser Klassifizierung natürlich auch die Sozialdemokraten treffen, die es ja in Hessen schon mit den Grünen „treiben“, während in Nordrhein-Westfalen Johannes Rau das Blümchenzupfen-Spiel treibt: Soll ich oder soll ich nicht.

(Die Rheinpfalz, 21. September 1984)

Der scharfzüngige „General“ im Konrad-Adenauer-Haus forderte zwar mit dem „Schlepptau-Syndrom“ und der angeblichen Führungsrolle der Grünen in der Opposition wieder einmal die Geistesblitze seines Widerparts im Erich-Ollenhauer-Haus heraus; er tat aber auch mehr: In einer „Analyse der öko-marxistischen Radikalopposition“ kam Geißler auf 39 Seiten zur Sache. Was die Union der „möglichen Regierungspartei“ (mit der SPD) ins

Stammbuch schrieb, ist gewiß nicht mit ein wenig Entrüstung oder dem Hinweis auf Geißlers loses Mundwerk abzutun. Die Grünen, die hier und da schon Lehrgeld bezahlt und Verrücktheiten abgestreift haben, werden schon beweisen müssen, daß sie nicht nur kritisieren, anprangern, fordern und übertreiben, sondern auch selber machen und verantworten können.

(Rhein-Zeitung, 22. September 1984)

Was sich die beiden Parteimanager für die anstehenden Landtagswahlen im Frühjahr nächsten Jahres ausgedacht haben, liest sich in Kürze so: Geißler zielt darauf ab, die Grünen als potentiell antidemokratisch einzustufen. Er schlägt damit den Sack, meint aber den Esel SPD, die zum Beispiel im Saarland einer Koalition mit den Grünen nicht abgeneigt ist. Auf den ersten Blick ist Geißler besser dran: Die Union weiß, was sie will und vor allem, mit wem sie den politischen Weg gemeinsam gehen will. Diese eindeutige Ausgangslage erleichtert es dem CDU-Generalsekretär, vor einem rot-grünen Bündnis in grellen Farben zu warnen; und dabei vor allem den Sozialdemokraten vorzuwerfen, den „antidemokratischen“ Grünen auch noch als Steigbügelpercher zur Macht zu dienen.

(Nordwest-Zeitung, 21. September 1984)

# UiD

**Union in Deutschland** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. **Vertrieb:** Telefon (02 28) 5 44-3 04. **Verlagsleitung:** Dr. Uwe Lüthje, Eberhard Luetjohann. **Bankverbindung:** Spar-Kasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.